

Redaktion: Kernraumallianz Bezirk Voitsberg | Puchbacher Strasse 204 | 8591 Maria Lankowitz | Tel.: 03144/3484-0



Tourismusverband Lipizzanerheimat, Graz Tourismus

Von einem Zusammenschluss des Bezirkes Voitsberg zu einer Großregion mit der Stadt Graz und dem Bezirk Graz-Umgebung erwarten sich die Vertreter der Kernraumallianz Bezirk Voitsberg mehr politisches Gewicht für unseren Bezirk und auch höhere Fördermittel.

Großregion Graz, Graz-Umgebung+Voitsberg

Großregionen mit Eigenverantwortung

Die Steiermärkische Landesregierung hat mit Beschluss vom 8. Mai 2006 einen Prozess in der Steiermark gestartet, der eine wesentliche Veränderung in den regionalen Strukturen bedeutet. Neben den Kleinregionsebenen (Kernraumallianz) sollen Großregionen entstehen um die Eigenverantwortung zu stärken und zukünftige Aufgaben und Anforderungen noch effizienter bewältigen zu können.

Mehrheit stimmte für Großregion

Im letzten Planungsbeirat des Bezirkes wurde darüber abgestimmt, ob der Bezirk Voitsberg gemeinsam mit Graz und Graz-Umgebung in Zukunft eine Großregion bilden oder als Bezirk alleine bleiben soll. 19 Mitglieder votierten für die gemeinsame Großregion mit Graz und Graz-Umgebung und 14 Mitglieder für den Alleingang. Vor allem die ÖVP-Vertreter sahen diese Entscheidung kritisch und plädierten für den Alleingang. LAbg. Karl Petinger (SPÖ) hingegen kann einer Großregion nur positive Aspekte abgewinnen. Petinger: „In dieser zukünftigen Großregion wohnt 1/3 der gesamten Bevölkerung der Steiermark und diese gemeinsame Region ist die weitaus stärkste Großregion in der Steiermark. Dadurch erwarte ich mir ein dementsprechendes politisches Gewicht für die Interessen dieser Großregion. Natürlich sind noch Fragen offen, aber wie sollte ein Prozess entstehen, wenn bereits alle Aufgaben vorgegeben sind.“

Es wird an den Vertretern der Großregion liegen, welche Aufgaben und welche Ziele sie gemeinsam verfolgen wollen.“

Zukunftschance für den Bezirk Voitsberg

Ein späterer Ausstieg aus dieser Region ist derzeit gesetzlich nicht vorgesehen, aber auch ein späterer Einstieg ist nicht möglich. Petinger vertritt die Ansicht, dass diese Lösung eine Zukunftschance für den Bezirk Voitsberg ist, die nicht verpasst werden darf, zumal in vielen Bereichen wie Verkehr, Bildung, Gesundheit und Arbeitsplätze bereits jetzt gemeinsame Entwicklungen vorhanden sind.

EU-Büro bleibt erhalten

Selbstverständlich ist es ihm wichtig, dass das EU-Regionalbüro in Voitsberg erhalten bleibt und dass es in dieser Großregion einen bestimmten Abstimmungsablauf geben muss, welcher dem Bezirk Voitsberg die Möglichkeit eröffnet, die Interessen unserer Region entsprechend zu positionieren. Genau deswegen wurden diese beiden Punkte in den Beschlussantrag aufgenommen und sind dementsprechend umzusetzen. Petinger ist überzeugt: „In der Politik muss man manchmal den Mut haben Neues anzudenken und alte Muster hinter sich zu lassen, auch dann, wenn nicht von vornherein alles und jedes fixiert ist und feststeht. Ein Sprichwort lautet nicht umsonst: Sich zu Tode fürchten ist auch gestorben“.

„Gemeinden der Kernraumallianz setzen innovative Projekte um.“



LAbg. Karl Petinger,
Obmann der
Kernraumallianz
Bezirk Voitsberg

In den vergangenen Monaten wurden essentielle Entscheidungen über die Zukunft des Bezirkes Voitsberg getroffen. Von einer zukünftigen Großregion bestehend aus dem Bezirk Voitsberg, der Stadt Graz und dem Bezirk Graz-Umgebung, erwarte ich mir eine Reihe von Vorteilen. Unabhängig davon bekommen die Kernraumgemeinden in den Jahren 2009 und 2010 für die Instandhaltung von Gemeindestraßen eine 25-prozentige Förderung. Die Förderung bei der Instandsetzung wird 25 Prozent betragen. Stolz bin ich darauf, dass wir eine zentrale Stelle für Steuern und Abgaben einrichten wollen. Mit dem Energiezentrum Lipizzanerheimat werden wir über ein Vorzeigeprojekt verfügen.

IMPRESSUM:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verein Kernraumallianz Bezirk Voitsberg, Puchbacher Straße 204, A-8591 Maria Lankowitz; Konzept, Design, Layout, Endredaktion: Marketingagentur Creative Media Kos Telepark 1, A-8572 Bärnbach, Tel.: 03142/24070 info@cm.co.at, www.creative-media-kos.at
Fotos: Agathon Koren, Robert Cescutti, Spotlight Mense, Sabathi;

Neues Fördermodell für Straßen



Abg. Karl Petinger lud Bürgermeister, Stadtamtsdirektoren und Amtsleiter der Kernraumallianz zu einem Informationsgespräch mit Vertretern der Fachabteilung 7A unter Leitung von Hofrat DI Klaus Sauermoser zum Thema Förderung für Gemeindestraßen.

Kräfte-Bündelung bei Straßennetz

Im Projekt Regionext wird eine gemeinsame Abwicklung der Instandhaltung und Instandsetzung des ländlichen Straßennetzes durch die Kleinregion angestrebt, um eine bestmögliche Verwendung der vorhandenen finanziellen Mittel zu gewährleisten. In einem Modellversuch mit sieben Kleinregionen wird eine neue Art der Förderabwicklung erprobt, die dann flächendeckend übernommen werden soll. Betroffen sind Gemeindestraßen, öffentliche Interessenwege und auch Privatstraßen (Hofzufahrten). Ausgenommen sind Maut-, Forst-, Almwege und Güterwege zur Inneren Erschließung von landwirtschaftlichen Betrieben (Wirtschaftswege).

Hofrat DI Klaus Sauermoser, Fachabteilung 7A: „Dass man so eine Effizienzsteigerung von 20/30 Prozent erreichen kann, zeigen Beispiele aus anderen Bundesländern.“

Die Fakten auf einem Blick

- Sieben steirische Modellkleinregionen in den Jahren 2009 und 2010 sind eingebunden.
- Zuweisung der Bedarfszuweisung nach Schlüsselgrößen (Einwohnerzahl 40%, Länge des Gemeindegewegenetzes 40%, Finanzkraft 20%) an die Kleinregionen.
- Einer Empfehlung des Landesrechnungshofes wird mit einem solchen Modell entsprochen.
- Gemeinsames Bauprogramm der Kleinregion wird entwickelt.
- Instandhaltungsmaßnahmen werden erstmals gefördert
- Fachliche Begleitung durch FA 18A (Verkehr), A 16 (Landes- und Gemeindentwicklung) und FA 7A (Gemeinden)
- Objektive Freigabe der Mittel durch einen Gemeindestraßentisch
- **Euro 1.197.400** von FA 18 D

Die Kernraumgemeinden des Bezirkes Voitsberg sind eine von 7 Modellregionen. Die zur Verfügung gestellten Finanzmittel kommen aus zwei Töpfen.

Förderung für die Instandhaltung

Unter Instandhaltung fallen laufend notwendige kleinere Tätigkeiten wie z. B. das Instandhalten von Entwässerungseinrichtungen, die Durchführung von Oberflächenbehandlungen (selektiv oder vollflächig), die Sanierung von Rissen und das Ausbessern von Schlaglöchern. Damit wird die Lebensdauer der Straßen wesentlich erhöht. Bei der Instandhaltung kommt das Geld laut Regierungsbeschluss aus dem Budget der Verkehrsabteilung. Bei der Instandhaltung ist eine Förderung von 25% angedacht. Bisher gab es für die laufende Instandhaltung der Gemeindestraßen kein Budget vom Land. Dabei soll so frühzeitig wie möglich mit der Instandhaltung begonnen werden. Technisch und wirtschaftlich ist es nämlich wichtig, so früh wie möglich mit den Reparaturen zu beginnen. Instandsetzung und Sanierung können so um 20–30 Jahre hinausgezögert werden.

Förderung für Instandsetzung

Unter Instandsetzung werden umfassendere Baumaßnahmen verstanden, wie das teilweise Verstärken der ungebundenen Tragschicht einer Straße (Schotterung), das Herstellen von Entwässerungseinrichtungen oder das Aufbringen einer neuen Asphaltdecke. Bei der Instandsetzung ist eine Förderung von 50 Prozent geplant. Dabei kommen die Mittel aus dem Topf des jeweiligen Gemeindereferenten und werden über die Fachabteilung 7A zur Verfügung gestellt. Die Instandsetzung ist ein normales Förderprogramm und passiert auf einer Dringlichkeitsbewertung, woraus sich eine Reihung bei den Projekten ergibt.

Derzeit 75 Mio. für ländlichen Wegebau

Im jetzigen System werden von den steirischen Gemeinden pro Jahr durchschnittlich ca. 75 Mio. Euro für den ländlichen Wegebau aufgewendet.

„Die Neuregelung ermöglicht eine effizientere und gezielte Vorgangsweise.“



Ernst Meixner,
Bürgermeister der
Stadt Voitsberg

„Mit der Neuregelung der Förderungsrichtlinien für Gemeindestraßen ist es künftig möglich, noch effizienter und gezielter in diesem Bereich vorzugehen. Der Zustand der Straßen und Wege hat ja unmittelbare Auswirkungen auf Mobilität und Befindlichkeit unserer Bevölkerung, ob Fußgänger oder Fahrzeuglenker.“

„Gute Zusammenarbeit in der Kernraumallianz trägt Früchte.“



Max Kienzer,
Bürgermeister der
Stadt Bärnbach

„Die neue Art der Förderabwicklung der Instandhaltung und Instandsetzung für Gemeindestraßen zeigt, dass die gute Zusammenarbeit innerhalb der Kernraumallianz Früchte trägt. Positiv ist, dass das ländliche Straßennetz in dieses Modell aufgenommen wird und das Land die Planung übernimmt.“

„Neuregelung ist Vorteil für die Gemeinden unserer Kleinregion.“



Franz Buchegger,
Bürgermeister der
Stadt Köflach

„Ein neuer Schwerpunkt bei diesem Modellprojekt wird eine verpflichtende Instandhaltung des Verbandswegennetzes sein, die vom Land auch entsprechend gefördert wird. Dadurch wird die Lebensdauer der Straßen entscheidend verlängert werden. Alles in allem sehe ich die Neuregelung der Gemeindestraßen-Förderungsrichtlinien als starke Verbesserung und als Vorteil für die Gemeinden unserer Kleinregion.“

Darin enthalten sind Eigenleistungen der Gemeinden, EU-Fördermittel, Bedarfszuweisungen und sonstige Förderungen.

Von diesen ca. 75 Millionen Euro stammten im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2008 jährlich ca. 28,4 Millionen Euro aus Bedarfszuweisungsmitteln (22,4 Millionen Euro) und Fördermitteln für den ländlichen Wegebau (6 Millionen Euro).

Als erste Maßnahme wurde von den betroffenen Gemeinden der Kernraumallianz in den vergangenen Wochen das in Frage kommende ländliche Gemeindestraßennetz abgeklärt.

Maschinen werden gemeinsam genutzt

Bei der Wegerhaltung werden sich durch diese Zusammenarbeit in den nächsten zehn Jahren innerhalb der betroffenen Gemeinden spezielle Arbeitsgruppen wie z. B. für das Drainagieren, herauskristalisieren. Oder es werden Spezialgeräte und Maschinen gemeinsam genutzt. So etwa gibt es Spezialmaschinen beim Putzen von Gräben, die normale Bagger punkto Leistung um ein Drittel oder die Hälfte übertreffen. Die bestehende und vorhandene Infrastruktur soll bestmöglich ausgenutzt werden.

Förderung nur bei Leistungsaufstellung

Förderungen, die vom Land genehmigt werden, müssen nachvollziehbar sein. Vom Land Steiermark werden nur dann Auszahlungen getätigt, wenn Leis-

tungsaufstellungen aus den Gemeinden vorliegen. Daher müssen Bautagesberichte mit korrekten Aufzeichnungen geführt werden, aus denen die angefallenen Stunden bei den Wegerhaltungskosten hervorgehen.

Verband wird gegründet

LAbg. Karl Petinger: „Wir werden einen Straßengemeindeverband gründen. Dieser Verband übernimmt die Abwicklung der gemeinsamen Aufgaben wie beispielsweise die Ausschreibung oder den Zahlungsverkehr. Zwischen dem Verband und der FA18D ist ein verbindliches Übereinkommen über die Aufgaben des Verbandes zu schließen. Die FA18D unterstützt uns durch ihr fachliches Know How in den technischen Belangen des kommunalen Straßenbaus.“



Technisch und wirtschaftlich ist es wichtig, so früh wie möglich mit den Reparaturen von Straßen zu beginnen. Instandsetzung und Sanierung von ländlichen Straßen können so um 20-30 Jahre hinausgezögert werden.

„Ich erwarte mir von den zur Verfügung gestellten Mitteln ein Mehr an Qualität.“



Franz Schriegl,
Bürgermeister der
Marktgemeinde
Rosental

„Um den hohen Anforderungen des Straßenbaus und den damit verbundenen Kosten gerecht werden zu können, begrüße ich die nun gestartete Initiative des Landes Steiermark, dass auf Verbandsebene ein Straßenerhaltungs- und Erneuerungsprogramm in unserem Kernraum gestartet wird. Ich erwarte mir, von den zur Verfügung gestellten Mitteln ein Mehr an Qualität auf unseren Straßen und Wegen für unsere Bewohner erreichen zu können.“

„Dass wir Modellregion für die neue Straßenförderung sind, zeichnet uns aus.“



Josef Riemer,
Bürgermeister der
Marktgemeinde
Maria Lankowitz

„Dass die Kernraumallianz seitens der steiermärkischen Landesregierung als Modellregion für die Erprobung eines Pilotprojektes betreffend der Einführung von Wegerhaltungsverbänden ausgewählt wurde, zeichnet unsere Zusammenarbeit sicherlich aus. Das Ziel ist eine neue Art der Förderabwicklung in der Steiermark zu erproben, die dann flächendeckend übernommen werden soll.“

Steuerverbund soll ein gemeinsames Dienstleistungszentrum für Rechnungswesen werden.



Die Gemeinden der Kernraumallianz, Voitsberg, Bärnbach, Köflach Maria Lankowitz, und Rosental planen einen interkommunalen Steuerausgleich.

Der geplante Steuerverbund ist ein Teil der kommunalen Kooperationsprojekte im Kleinregionalen Entwicklungskonzept der Kernraumallianz. Es soll ein gemeinsames Dienstleistungszentrum für Rechnungswesen, Controlling, Finanzierung und Steuerverbund ins Leben gerufen werden.

Sämtliche Steuerbelange abwickeln

Im Steuerverbund soll es zu einer umfassenden Abwicklung sämtlicher Agenden und Tätigkeiten kommen, die mit folgenden Abgaben in Verbindung stehen:

Baubabgabe, Grundsteuer, Hundesteuer, Kanalbenutzungsgebühr, Kommunalsteuer, Lustbarkeitsabgabe, Müllabfuhrgebühr, Nächtigungsabgabe/Ortstaxen, Tourismusabgabe, Wasseranschluss- und -benutzungsgebühren, Kanalanschluss-, -erschließungs- und -benutzungsgebühren, jegliche Entgelte für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen wie Kindergarten, Veranstaltungshallen, Essen auf Rädern, gemeindeeigene Betreuungseinrichtungen.

EnergieZentrum Lipizzanerheimat forciert erneuerbare Energieformen



Bilderbox

Das EnergieZentrum Lipizzanerheimat (EZL): in der Region – für die Region

Das EnergieZentrum Lipizzanerheimat ist ein Projekt im Rahmen des LEADER 2007–2013, das in Zusammenarbeit mit Klein- und Mittelunternehmen, Gemeinden und Institutionen aus dem Bezirk Voitsberg umgesetzt wird. LAbg. Karl Petinger, Obmann der Kernraumallianz freut sich: „Landeshauptmann Franz Voves hat uns **150.000 Euro** Förderungen zugesagt.“

Ziele des Projektes sind:

- Unmittelbare Reduktion der Energiekosten
- Reduktion der Wärmegestehungskosten durch Umstellung auf erneuerbare Energieträger
- Regionaler Wertschöpfungseffekt durch lokale Brennstoffbereitstellung.
- Stärkung der Kaufkraft und Beschäftigungseffekte für die Region.

Modellregionen wie Güssing oder Weiz zeigen, wie wertvoll eine derartige Verankerung in der Region für die Umsetzung der energiepolitischen Ziele ist. Dabei ist keinesfalls angedacht, funktionierende Einrichtungen auf Landes- oder Bundesebene durch regionale Einheiten zu konkurrenzieren. Vielmehr geht es darum, deren Angebot durch koordinierende und organisatorische Maßnahmen an die Bedürfnisse der Region anzupassen und in der Region verfügbar zu machen. Gleichzeitig unterstützt das Energiezentrum Lipizzanerheimat die Bündelung aller KMU der Region, die direkt und indirekt in die Wertschöpfungskette zur energetischen Sanierung und/oder Umstellung auf erneuerbare Energieträger involviert sind und trägt damit zur Steigerung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit bei.

Als Bindeglied zwischen den Kommunen und den regionalen Akteuren im relevanten Energiebereich forciert das EnergieZentrum die Bildung von Public-Private-Partnerschaften, z. B. in Form von Betreibermodellen.

Der direkte Nutzen des Projektes

Augenscheinlich ist der direkte Nutzen bei den durch das EnergieZentrum Lipizzanerheimat initiierten und begleiteten Projekten zur Energieeinsparung, wie z. B. die thermische Sanierung einer Gebäudehülle. Unmittelbarer Effekt ist die Reduktion der Energiekosten, in diesem Fall der Heizkosten, für die betreute Institution. Ebenso führt z. B. eine Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energieträger wie Hackschnitzel bei den derzeitigen Kosten für fossile Brennstoffe zu direkten Auswirkungen. Unmittelbarer Effekt ist eine Reduktion der Wärmegestehungskosten. Gleichzeitig entsteht durch die lokale Brennstoffbereitstellung ein regionaler Wertschöpfungseffekt. Darüber hinaus könnten bei dieser Umstellung der Wärmeversorgung noch weitere Einsparpotentiale aufgezeigt werden: solare Brauchwassererwärmung, Einsatz energiesparender Umwälzpumpen, optimierte Auslegung des Hydraulikkreises oder der Steuerungssoftware, etc. Zusätzlich zu den Wärmegestehungskosten können daher in vielen Fällen auch andere Energiekosten weiter reduziert werden.

